

17.11.23**Empfehlungen**
der Ausschüsse

EU - Fz - Wi

zu **Punkt 63** der 1038. Sitzung des Bundesrates am 24. November 2023

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Halbzeitrevision des Mehrjährigen Finanzrahmens 2021 - 2027**COM(2023) 336 final****A****Der Wirtschaftsausschuss**

empfiehlt dem Bundesrat, zu der Vorlage gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG wie folgt Stellung zu nehmen:

1. Der Bundesrat begrüßt die im Rahmen der Halbzeitrevision des Mehrjährigen Finanzrahmens vorgeschlagene Bereitstellung von Mitteln sowie Initiativen – insbesondere zur Unterstützung der Ukraine und zur Stärkung der technologischen Souveränität der EU – ausdrücklich. Die Europäische Union sollte auch weiterhin all ihren Zielen – sowohl den dringlichen als auch den üblichen – gewachsen sein und braucht dazu eine entsprechende Mittelausstattung.
2. Die Umsetzung der von der Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen darf allerdings nicht zu Lasten der langfristig-strategisch angelegten Förderprogramme in geteilter Mittelverwaltung gehen.
3. Der Bundesrat spricht sich für den Bereich der Kohäsionspolitik für eine Beibehaltung der dezentralen Programmabwicklung in den Regionen (geteilte Mittelverwaltung) aus und lehnt eine Einführung neuer, zentral verwalteter Instru-

...

mente zulasten der Kohäsionspolitik ab, weil nur so regionale Bedarfe zielgerichtet adressiert werden können.

4. Der Bundesrat ist der Auffassung, dass die Kohäsionspolitik sich auf ihre EU-vertraglich festgeschriebene Aufgabe, den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt zu stärken sowie die Unterschiede im Entwicklungsstand verschiedener Regionen zu verringern, konzentrieren sollte. Der Bundesrat unterstreicht daher die Notwendigkeit einer klaren Trennung zwischen Kohäsionspolitik und Kriseninterventionsinstrumenten und einer jeweils eigenen ausreichenden Mittelausstattung.
5. Der Bundesrat übermittelt diese Stellungnahme direkt an die Kommission.

B

Der **federführende Ausschuss für Fragen der Europäischen Union** und
der **Finanzausschuss**

haben ihre Beratungen noch nicht abgeschlossen.*

* Das Land Hessen hat beantragt, die Vorlage auf die Tagesordnung der 1038. Sitzung des Bundesrates am 24. November 2023 zu setzen.